

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk., halbjährlich 60.— Mk., jährlich 120.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigepreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach def. Tarif, die 3-spaltigen Anzeigen 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 63

Mittwoch, den 15. März 1922

13. Jahrgang

Die Genauer Konferenz noch ungewiß

Nach den neuerlichen Zeitungsmeldungen scheint die Genauer Konferenz wieder stark gefährdet. Nachdem Amerika die Beteiligung an der Konferenz abgelehnt hat, erklärte nunmehr auch der französische Ministerpräsident Poincaré, daß er an der Konferenz nicht teilnehmen werde. Als erster Grund wird das Fernbleiben Amerikas angegeben und ferner der Umstand, daß es nicht angängig sei, daß auch der Ministerpräsident von Frankreich abwesend sei, während der Präsident Millerand eine Reise nach Nordafrika unternimmt. Die Reise des Präsidenten Millerand lasse sich nicht mehr aufschieben, weil der Termin bereits seit längerer Zeit festgesetzt und große Vorbereitungen für die Reise getroffen seien. Das ganze ist natürlich weiter nichts als ein Sabotageakt Poincarés, dem eine Konferenz, an welcher auch Deutschland als gleichberechtigter Faktor teilnehmen sollte, höchst unangenehm ist. Rußland hat ferner beantragt, daß seine Vertreter auch an der Vorberatung der alliierten Sachverständigen teilnehmen sollten und verlangt ferner Garantien für die russische Delegation in Genoa sowohl in Bezug auf die Personen als auch auf das Gepäck. Das Schicksal der Konferenz hängt nunmehr von Lloyd George ab. Angesichts der gespannten innerpolitischen Lage in England hat Lloyd George kein Interesse an der Konferenz, wenn diese schon von vornherein zum Mißerfolg bestimmt ist. Die „Chicago Tribune“ will bereits erfahren haben, daß Lloyd George sich mit dem Gedanken einer weiteren Vertagung der Konferenz vertraut gemacht habe. Er wäre damit einverstanden, daß sie bis zum Herbst verschoben würde, weil dann mehr Aussicht bestünde, daß die Vereinigten Staaten, sobald einmal die Verträge der Washingtoner Konferenz ratifiziert sind, am Wiederaufbau Europas doch teilnehmen würden.

Die schweizerischen Gewerkschaften zur Konferenz.

Die Zeitung des Schweizer Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, auf die Anfrage betreffend Stellungnahme zur Genauer Konferenz dem Bundesrat zu antworten, daß sie die Konferenz begrüße, einen Erfolg der Konferenz aber nur dann für wahrscheinlich halte, wenn auch diejenigen Fragen, die von vornherein ausgeschlossen werden sollen, zur Diskussion gelangen werden. So die Frage der Revision der Friedensverträge, des Reparationsproblems und die Frage der Abrüstung zu Lande. Die Zeitung des Gewerkschaftsbundes hat gemeinsam mit der Zeitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die an den Bundesrat übermittelt werden.

Die geplante Zahlungserleichterung für Deutschland.

Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ schreibt, die Reparationskommission werde Deutschland wahrscheinlich ein Moratorium gewähren, durch das die Lasten, die in den am 5. Mai letzten Jahres gefassten Beschlüssen festgesetzt wurden, durch eine leichtere Last ersetzt würden. Zweifellos werde die Reparationskommission jedoch darauf bestehen, daß die Alliierten eine wirksame Kontrolle über die deutschen Finanzen erhalten. In Pariser amtlichen Kreisen werde es mehr und mehr für wahrscheinlich gehalten, daß die so oft gemachten Vorschläge über Flüssigmachung der deutschen Schuld durch größere internationale Anleihen, die durch gewisse Hilfsquellen des Deutschen Reiches, wie Bergwerke, Eisenbahnen, Zölle usw., sicherzustellen wären, früher oder später verwirklicht werden.

Sillers Revision verworfen.

Das Reichsgericht hat die Revision des früheren Gerichtsassessors und Oberleutnants Hans Siller, der am 8. Dezember 1921 vom Schwurgericht beim Landgericht 1 Berlin wegen Mißhandlung des verstorbenen Füsiliers Helmhake zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt worden war, verworfen. Siller hatte im Kriege den Füsilier Helmhake in bestialischer Weise zu Tode gemartert. Das Kriegsgericht „führte“ die Mordtat mit — 6 Monaten Festungshaft. Daß Siller es noch wagte, gegen das einem Freispruch gleichkommende Urteil Revision einzulegen, zeigt den ganzen Machdünkel der ehemaligen Offizierskaste.

Die Gewerkschaftsinternationale zum 1. Mai.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam versendet folgenden Aufruf: Mehr als je drückt die Last des Lebens auf die Arbeiterklasse. Und doch hatte man den Arbeitern für die Zeit nach dem Kriege Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen gemacht! Unverstand und böser Wille der Regierungen haben jedoch die festerlich gegebenen Versprechungen zunichte gemacht. Die Hoffnung der Arbeiter auf bessere Tage kann sich von jetzt ab nur gründen auf die eigene Aktion.

Der Versailler Friedensvertrag.

Der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verwirklichen und ein neues Europa auf der Basis der gegenseitigen Völkerverständnis hätte erschaffen sollen, hat zu den alten Ursachen der Zwietracht noch neue gestiftet und das wirtschaftliche Gleichgewicht vollkommen zerstört. Dieser Prozeß einer allgemeinen, rapid gesteigerten Verwirrung wurde noch ergänzt durch den Zusammenbruch der gesamten Produktion, den das enorme Sinken der Valuta in den verschiedenen Ländern bewirkte. Die Folgen dieses Zustandes sind eine erschreckende Arbeitslosigkeit und bitterer Not im Haushalt des Arbeiters. Von dieser katastrophalen Situation hat einzig die Reaktion profitiert, die neu erwacht und erstarkt in der ganzen Welt triumphiert. Allen diesen Feststellungen zum Trotz verharren die Machthaber in ihrer Taubheit und widerlegen sich in abschätziger Verkennung der Tatsachen den Forderungen der Arbeiterklasse, die im Interesse der Gesamtheit die Sanierung und Reorganisation der Wirtschaft verlangt.

Diese Forderungen: planmäßige Verteilung der Rohstoffe, Stabilisierung der Geldwerte, Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel wurden im Namen der organisierten Arbeiterschaft bereits auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß vom November 1920 in London erhoben.

Diese Tatsachen zeigen die Notwendigkeit, den internationalen Geist in den Massen immer mehr zu pflegen und zu stärken; um den Egoismus der Kapitalistenklasse zu brechen und ihrem nationalstaatlichen und chauvinistischen Treiben ein Ende zu machen.

Von diesem Geist des Internationalismus zeugten die Arbeiterkongresse der letzten Jahre, deren Beschlüsse und Entschlüsse den Weg gemessen haben für eine friedliche und wahrhaftige Lösung der Probleme des Ruhrgebietes, des Saarreviers und der oberösterreichischen Frage. Dieser selbe internationale Geist befeelt die

24 Millionen

in unserer Internationale vereinten Mitglieder und verleiht uns damit die moralische Autorität, für einen neuen Frieden die Grundlagen zu schaffen, der die allgemeine Abrüstung zur Voraussetzung hat.

Dieser internationale Geist hat die Hilfsaktion für unsere österreichischen Brüder, die Unterstützung der ungarischen

Kameraden in ihrem Kampfe gegen den weißen Terror und das Nordregime der ungarischen Machthaber ermöglicht. Dieser Internationalismus hat schließlich den Aufruf, den hungernden russischen Arbeitern und Bauern zu Hilfe zu kommen, zur lebendigen Tat werden lassen, sowie er es war, der seinerzeit durch Verhinderung des Waffentransports für Polen Sowjetrußland im Kampfe gegen seine polnischen Angreifer unterstützt hat. Dieser Internationalismus, der von den Prinzipien eines neuen und höheren Menschentums ausgeht, wird freilich von den gegenwärtigen Regierungen und den Vertretern des internationalen Kapitals bekämpft, die in ihm eine ernste Bedrohung ihrer Macht und ihrer materiellen Interessen sehen. Willen sie doch nur zu gut, daß das kapitalistische System zu bestehen aufhört, sobald sich die Völker vom Geiste des Nationalismus befreit haben.

Arbeiter der Welt!

Unser Wohl, das Wohl der Welt verlangt den Sieg des Internationalismus! Wir rufen euch auf, mit allen euren Kräften diesen Geist zu stärken und zum Siege zu führen. Bekundet diese eure internationale Stimmung durch Massenbeteiligung an den Demonstrationen und bietet der Welt das Schauspiel proletarischer Solidarisität. Wägen jene, in deren Händen heute die Macht ist, sich gegenwärtig halten, daß es mit der alten Zeit vorbei und eine neue Epoche angebrochen ist.

Millionen von Arbeitern erheben sich heute in machtvoller Eintracht zur Verteidigung ihrer Interessen, die zugleich die Interessen der Menschheit sind. Die Lösung im Kampf der Arbeiter muß heute sein:

Gegen die Reaktion! Für den Weltfrieden!

Der diesmalige Mittag muß eine Demonstration sein für die Macht der geeinten Arbeit!

Auf Befehl des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden in den Hauptstädten Europas Redner aus anderen Ländern das Wort führen. Die Form, in der sich die Manifestation zu vollziehen hat, wird jede Zentrale selbst entscheiden. Aber welcher Art die Manifestation auch sei: allüberall sollen Demonstrationen veranstaltet werden, die die allgemeine Arbeitsruhe die Macht und Solidarität der Arbeit bezeugen unter der Losung:

Gegen die Reaktion, die die wirtschaftliche Verflavung des Arbeiters befestigen will!

Gegen die Reaktion, die Militarismus und Kriegsgelbveremigen will!

Auf, für die Verteidigung des Achtstundentages und menschenwürdige Löhne!

Der Ruf der verbündeten Arbeit sei: „Krieg dem Kriege! Es lebe die internationale Solidarität der Völker!“

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften: Vorsitzender: F. S. Thomas; Vizevorsitzende: L. Fouhauy, E. Meretens; Sekretäre: J. Durbegeest, Edo Firmen.

Die Fabrikation von Kriegsmaterial in Danzig.

Der Rat des Völkerbundes hatte am 23. Juni 1921 beschlossen, daß die Herstellung und der Verkauf von Kriegsmaterial, Waffen und Munition aller Art im Gebiet der Freien Stadt Danzig verboten sei. Die Durchfuhr und zeitweilige Lagerung sei verboten, wenn nicht vorher die Einwilligung des Rates des Völkerbundes gegeben ist. Der Oberkommissar habe zu entscheiden, was als Kriegsmaterial anzusehen ist. Besonders wurde auch noch ein Verbot für die Herstellung von Feuerwaffen zu Sportzwecken erlassen, wodurch die Danziger Gewehrfabrik aufs schwerste geschädigt wurde, da sie aus dem Auslande große Aufträge auf Herstellung von Sportwaffen erhalten hatte.

Der Senat ist nun dem Verlangen des Völkerbundes nachgekommen und hat dem Volkstag einen Gesetzentwurf betreffs Herstellung, Verkauf, Lagerung und Durchfuhr von Kriegsmaterial zugehen lassen. In dem Gesetzentwurf heißt es:

§ 1.

- Verboten ist im Gebiete der Freien Stadt Danzig: a) die Herstellung von Kriegsmaterial, insbesondere Kriegswaffen und Kriegsmunition, sowie von Feuerwaffen aller Art, b) der Verkauf von Kriegsmaterial, c) die Durchfuhr und die Lagerung von Kriegsmaterial. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Völkerbundes.

§ 2.

Kriegsmaterial im Sinne dieses Gesetzes sind alle Waffen, Angriffswaffen und Verteidigungsmittel sowie sonstige Geräte, die ausschließlich für den Gebrauch im Kriege bestimmt sind, sowie die zur Herstellung solcher Gegenstände bestimmten Spezialmaschinen.

§ 3.

Unberührt bleiben: a) die durch Artikel 28 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 der Republik Polen gewährleisteten Rechte, jederzeit und unter allen Umständen über Danzig Waren, gleichviel welcher Art, einzuführen und auszuführen, soweit dies nicht durch die polnischen Gesetze verboten ist; b) die Bestimmungen des Transitabkommens zwischen Polen, der Freien Stadt Danzig und Deutschland vom 21. April 1921.

§ 5.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. wird bestraft, wer den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderhandelt.

Der Völkerbund hatte ferner eine Anzeigepflicht auch für den vorgeesehen, der vom Vorhandensein von Gegenständen Kenntnis erlangt, die seiner Ansicht nach Kriegsmaterial sind. Wie der Senat in seiner Begründung des Gesetzes auspricht, hat er aber diesem Verlangen des Völkerbundes nicht entsprechen können, da sonst eine sehr bedenkliche Denunziantenpflicht in das Gesetz hineingekommen wäre, die dem Danziger Staatsrecht fremd sei. Nach Mitteilung des Senats hat der Oberkommissar den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung gebilligt und versprochen, diesen beim Völkerbundrat zu vertreten, falls er vom Volkstage angenommen werde.

Die Warschauer Konferenz gegen Epidemien.

Bis jetzt haben folgende Staaten die Einladung der polnischen Regierung zur Warschauer Konferenz zur Bekämpfung der Epidemien angenommen: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Finnland, Frankreich, England, Ungarn, Italien, Lettland, Holland, Rumänien, Schweden, Tschechoslowakei und Schwellen.

